Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Niedersachsen
Vorsitzender

An
- die Leiterinnen und Leiter der Gesamtschulen
- die Personalräte der Gesamtschulen
- die Kollegien der Gesamtschulen
- die GEW-Landesfachgruppe Gesamtschulen
- den Landesvorstand der GEW

Hannover, 6. März 2009

Protest gegen die Zerschlagung der Integrierten Gesamtschulen
Damit kommt Wulff nicht durch!

Einschätzung der Regierungspläne
Vorschläge zum koordinierten Protest

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wende mich an Euch in höchster Sorge um den weiteren Bestand der Integrierten Gesamtschulen nicht nur in Niedersachsen. So einen Angriff auf die Gesamtschulen hat es in der 40-jährigen Geschichte noch nicht gegeben.

Ich wende mich an Euch, weil wir die Chance nutzen müssen, jetzt alles zu tun, um unsere IGSen und die nach Schuljahrgängen gegliederten KGSen zu retten. Die Chancen stehen nicht schlecht, weil die Gesamtschulen im Aufwind sind.

Worin besteht der Angriff? Ministerpräsident Wulff hat – noch etwas nebulös – formuliert, die Landesregierung plane eine Änderung des Schulgesetzes und wohl auch des Grundsatzerlasses mit dem Ziel, ab 2010 an Integrierten Gesamtschulen und an allen Kooperativen Gesamtschulen das Abitur in einem 8–jährigen Bildungsgang verpflichtend einzuführen. Das G 8 soll in den Gesamtschulen implementiert werden.

Die Auswirkung der Schulzeitverkürzung für einen Teil der Schülerschaft der Gesamtschulen liegt auf der Hand. Die integrierte Sekundarstufe I wird zerstört. Die Anhebung der Wochenstundenzahl in den Jahrgängen 5 bis 10 bedeutet, dass ein gemeinsamer Unterricht, das bisherige Differenzierungsmodell ab Klasse 7 auf zwei Leistungsniveaus und der bisher bestehende Wahlpflichtbereich nicht mehr existieren können. Wenn die SchülerInnen des gymnasialen Bildungsgangs separiert werden, ist die Abtrennung der „RealschülerInnen“ von „HauptschülerInnen“ vorprogrammiert.

Es ist meines Erachtens eine Illusion zu glauben, man könne durch eine kluge und behutsame Umsetzung diese Auswirkungen innerhalb einer IGS oder integrierten KGS „unterlaufen“. Die Situation ist überhaupt nicht zu vergleichen mit der Einführung der verbindlichen Fachleistungsdifferenzierung vor 30 Jahren.

*Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft * Landesverband Niedersachsen*
Berliner Allee 16 * 30175 Hannover * Tel. 0511/33804-0 * Fax 0511/33804-46 * e-mail: eMail@GEW-Nds.de * Internet: www.GEW-Nds.de

Viele SchulleiterInnen von Gesamtschulen haben sich in den letzten Tagen in diesem Sinne in der Presse geäußert. Journalisten schreiben vom „Krieg gegen die Gesamtschulen“ und davon, dass Wulff Öl ins Feuer gießt. Eine öffentlich wahrnehmbare Protestbewegung wird erwartet.

Wulff startet seinen Angriff auf die Gesamtschulen gerade zu dem Zeitpunkt, in dem sich zahlreiche Schulträger aller politischen Couleurs mit dem Gedanken tragen, zur Sicherung eines vollständigen Schulangebots in den Landkreisen Integrierte Gesamtschulen einzurichten. Schulträger wollen frei entscheiden, wie sie die Bildungsgänge in ihrem Territorium anbieten. In diesem Sinne hatten sich der Niedersächsische Landkreistag (Loccumer Erklärung) und der Städtetag geäußert. Die Kommunalpolitiker können sich dabei auf ein überragendes Interesse der Elternschaft stützen.

Eine Aufspaltung der IGSen in Schulzweige erfordert mehrzügige, also deutlich größere Schulen. Die Schulträger aber fordern kleinere Gesamtschulen, die vierzügig und als Ausnahme auch dreizügig sein sollen. Wulffs Pläne stehen in deutlichem Widerspruch zu den Erfordernissen des demographischen Wandels, des drastischen Rückgangs der Schülerzahlen.

Die bestehenden IGSen und KGSen haben sich in den letzten Jahren immer mehr auch als Alternative zum Gymnasium, insbesondere zum G8 entwickeln können. Eltern verstehen nicht, warum ihnen diese Alternative genommen werden soll, so lautet die Stellungnahme des Vorsitzenden des Landeselternrats Matthias Kern.

Ministerpräsident Wulff hat im Wahlkampf verstanden, das Interesse der Eltern an den Gesamtschulen zu beachten, indem er die Aufhebung des Gründungsverbots ankündigte. Die 13 neuen Gesamtschulen (11 IGS, 2 KGS), die zum 1.8. 2009 ihre Arbeit aufnehmen, die zahlreichen weiteren Schulträger, die Gesamtschul-Gründungen für 2010 vorbereiten, bestätigen das in diesem Ausmaß neue Interesse an einer Alternative zum gegliederten Schulsystem. Wulff muss sich nun entscheiden, ob er als Landesvater zu klugen Entscheidungen steht, die mit den Vorstellungen aus seiner kommunalpolitischen Basis übereinstimmen, oder ob er in der Pose des gealterten Funktionärs der Schülerunion im Auftrage des Philologenverbands verharrt, der keine Alternative, kein Abitur nach 13 Schuljahren an Gesamtschulen zulassen will.

Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP, McAllister und Jörg Bode, haben in ihrer Pressemitteilung vom 3. März den Regierungsbeschluss mit dem Satz befürwortet: „Die Fraktionen von CDU und FDP begrüßen das Ziel der Landesregierung, Gesamtschulen zu ermöglichen, die Hochschulzugangsberechtigung nach 12 Jahren zu vergeben.“ Entweder ist diese Aussage purer Zynismus oder die Regierungsposition wird vorsichtig modifiziert. Es gehört zu den programmatischen Vorstellungen der Gesamtschulen Lernwege zu individualisieren. Wenn Gesamtschulen also etwa die Möglichkeit bekommen sollten, auf äußere Fachleistungsdifferenzierung zu verzichten und eigene Modelle von jahrgangsübergreifendem Unterricht einführen zu können, darüber wäre zu sprechen.

In der Landesfachgruppe Gesamtschulen haben wir verschiedene Aktivitäten beraten, die wir den Gesamtschulen, den Gründungsinitiativen, insbesondere auch den Eltern und Schülerinnen und Schülern vorschlagen. Eine gewisse Einheitlichkeit in den inhaltlichen Aussagen und im Vorgehen erhöht unsere politische Wirksamkeit.

Möglichst schnell:

1. Protestresolutionen gegen die Zerstörung der integrierten Sekundarstufe I, die Zerschlagung der IGS von schulischen Gremien: Schulvorstand, Schulelternrat, Gesamtkonferenz, Personalversammlung, Schülervertretung gerichtet an das Kultusministerium , an die GEW zur Kenntnis
2. Protestschreiben der Planungsgruppen und Gesamtschulinitiativen
3. Veröffentlichung der Protestschreiben in der regionalen Presse und Mail-Versand an die anderen Gesamtschulen und die Gesamtschulinitiativen
4. Örtliche öffentlichkeitswirksame Aktionen

Mittelfristig:

5. Petition von Eltern, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern an den Kultusausschuss des Landtages
6. Versammlung im Leineschloss mit Beteiligung aus Schulen, von Initiativen, von Kommunalpolitikern vor einem Landtagsplenum am 12. Mai
7. Öffentliche Lehrstunde zum Thema Demokratie und demokratisches Schulsystem in Hannover

Weitere Anregungen sind willkommen.

Mit solidarischen Grüßen

Eberhard Brandt

Als Anlage erhaltet ihr:

1. Entwurf (neu) einer Petition, die vor Ort abgewandelt werden kann. Unterzeichner sind immer einzelne BürgerInnen. Für SchülerInnen wird ein gesonderter Text entwickelt.
2. Pressemitteilung des „Elternverband für Gesamtschulen Niedersachsen“
3. Eine Analyse von Dr. Dieter Galas